

Pressekonferenz: 16. 01. 2007

Ableitungen aus den Erkenntnissen der Studie für die Arbeit der Volkssolidarität

Dr. Bernd Niederland, Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität

Die vorliegende Studie, die der Bundesverband der Volkssolidarität in Auftrag gegeben hat, ist – wie auch andere derartige Materialien unseres Verbandes – Teil unserer sozialpolitischen Arbeit. Sie ist zum einen als Politikberatung zu verstehen, in dem „subjektive Reflexionen der realen Lebensverhältnisse“ der Öffentlichkeit und damit auch der Politik nahe gebracht werden, also alltagsnahe Stimmungen abgebildet werden. Wir werden die Studie wichtigen politischen Verantwortungsträgern zur Verfügung stellen. Gelegenheit dazu bieten unter anderem die derzeit stattfindenden Gespräche von Vertretern der Volkssolidarität und des SoVD mit Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisbüros zur geplanten Gesundheitsreform. Wir haben bisher mit 48 ostdeutschen Bundestagsabgeordneten die Gespräche geführt, die Aktion läuft noch weiter. Mit den Ergebnissen dieser und anderer Studien wollen wir als Sozial- und Wohlfahrtsverband Informations- und Aufklärungsarbeit leisten.

Aus den Erkenntnissen der Studie ergeben sich auch wichtige Hinweise auf die notwendige und mögliche Weiterentwicklung unserer Sozial- und Wohlfahrtsarbeit:

* Die „Zufriedenheitsverluste“ in den Bereichen soziale Gerechtigkeit und persönlicher politischer Einfluss sind für uns Veranlassung, unser diesbezügliches sozialpolitisches Wirken zu kräftigen. Das gilt in unserem Falle für die Alterssicherung (Rentenpolitik), für die Gesundheits- und die Pflegepolitik sowie für die Familienpolitik.

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns zuvorderst Verteilungsgerechtigkeit mit dem Ziel, die andauernde Umverteilung des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums von „unten“ nach „oben“ endlich zu beenden

Im Einklang mit den Erkenntnissen der Studie werden wir im Sinne der Politikberatung ab dem 22. Januar 2007 eine Protestpostkartenaktion an die Adresse der Bundeskanzlerin starten, mit der wir den Mitgliedern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch Menschen von außerhalb des Verbandes die Möglichkeit geben, ihren persönlichen Protest gegen die unsoziale, sozial ungerechte Politik der Alterssicherung für heutige und künftige Rentnerinnen und Rentner im Vorfeld der Bundestagsdebatte zur „Rente mit 67“ zum Ausdruck zu bringen, um der Politik ein entsprechendes Stimmungsbild bei ihrer Entscheidungsfindung an die Hand zu geben.

* Unsere sozialpolitischen Vorstellungen, Vorschläge und Konzepte werden wir entsprechend den gesellschaftlichen Gegebenheiten fortschreiben und um neue sozialpolitische Akzente bzw. Ansätze erweitern, u. a. zu den sozialen **Folgen des demografischen Wandels, zur bevorstehenden „Pflegereform“ und zur Armutsbekämpfung**. Dazu werden wir unsere Reihe „Sozialpolitischer Fachgespräche“ mit prominenter wissenschaftlicher und politischer Beteiligung im März, Juni und November 2007 fortsetzen.

Durch soziale Bündnisse und Partnerschaften wollen wir die Wirksamkeit unserer sozialpolitischen Arbeit verstärken, u. a. im „Netzwerk für eine gerechte Rente“ im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz von DGB, SoVD und Volkssolidarität am 26. Januar 2007 zum Thema „Rente mit 67“. Wir werden uns an Aktivitäten und Aktionen anderer Organisationen und Verbände unterstützen.

* Die sich dramatisch mit „Hartz IV“ und anderen „Reformen“ der letzten Jahre verändernden sozialen Problemlagen, die neue Armut, Armut trotz Arbeit, Armut von Familien mit Kindern und die mit den künftigen Rentnerjahrgängen sich verschärfende Altersarmut – auf die die Studie verweist – legt uns als Sozial- und Wohlfahrtsverband die Verantwortung auf, unser

Engagement in der Armutsbekämpfung und in der Hilfe für Arme in den nächsten Jahren deutlich zu verstärken. Sozialpolitisch geht es uns dabei um eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Beendigung der Verteilung von „unten“ nach „oben“. Zugleich werden wir unsere sozialen Angebote und Hilfeleistungen für Menschen, die von Armut bedroht oder bereits betroffen sind, deutlich auszubauen. Für die Volkssolidarität, die ihre Heimat in den ostdeutschen Bundesländern hat, ist das aufgrund der besonderen sozialen Bedingungen im Osten – doppelt so hohe Arbeitslosigkeit, ausgeprägte Langzeitarbeitslosigkeit, Abbau sozialer Infrastruktur – eine große Herausforderung, der wir uns stellen.

* Die „Zukunftsverunsicherung“ der Senioren und auch der Generation der 40- bis 60-Jährigen, die die Studie ausweist, gibt uns den Hinweis, dass wir als Volkssolidarität in unserem sozialpolitischen Wirken für die **Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West** nicht nachlassen dürfen. Dabei geht es um die Angleichung der Einkommen aus Erwerbstätigkeit ebenso wie um die **Angleichung des „Ost-Rentenwertes“ an den Rentenwert im Westen**. Der Unterschied zum Nachteil der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern beträgt noch immer 12,1 %. Die Überwindung dieser Gerechtigkeitslücke in der Gesellschaft wäre ein wichtiger gesellschaftspolitischer Schritt zur Minderung des Gefühls vieler Menschen, durch die herrschende Politik von der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande „abgehängt worden zu sein“.

Wichtig wäre dieser Schritt vor allem auch deshalb, um ein weiteres Absinken der Lebensqualität Älterer zu verhindern, wenn die politisch Verantwortlichen zur Kenntnis nehmen, dass die Rentenzahlbeträge im Osten rückläufig sind und die Zahl derer, die mit Abschlägen in die Rente gehen in Ostdeutschland mittlerweile bei 75 % liegt. Diese Forderung der Volkssolidarität nach Rentenangleichung erneuern wir angesichts der sich verschlechternden sozialen Lage Älterer und des zugleich stattfindenden wirtschaftlichen Aufschwungs im Lande ausdrücklich.

* Die in der Studie festgestellte Unzufriedenheit mit dem persönlichen politischen Einfluss, mit den nur geringen Möglichkeiten der politischen Teilhabe in der Gesellschaft vor allem auch für die ältere Generation begegnet unser Verband mit seinem Eintreten für eine **Erweiterung der politischen Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten**. Konkreter Ausdruck unseres diesbezüglichen Bemühens ist die von der Volkssolidarität angestoßene Initiative für ein „**Seniorenvertretungsgesetz**“ auf der Bundesebene. Im Bündnis mit mehreren Partnern ist es in der Bundeshauptstadt, dem Land Berlin, gelungen, ein „Seniorenmitwirkungsgesetz“ politische Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden diesbezügliche Ansätze in anderen Bundesländern nach Kräften zu befördern suchen, auf dem Weg zu einem vergleichbaren Bundesgesetz.

* Die Gesamtheit der Erkenntnisse der Studie bestärken uns in unserem Anliegen, die **Volkssolidarität in ihrer Dualität von Sozial- und Wohlfahrtsverband** konsequent weiter zu profilieren und dabei die Sozialschutzfunktion unseres Verbandes für Menschen, die unsere Unterstützung, unsere Hilfe und soziale Begleitung wollen und brauchen auszugestalten.

Dazu wollen wir die Gemeinschaftsgedanken durch Gemeinschaftserlebnisse, durch Nachbarschaftshilfe, durch Begegnung und Kommunikation fördern und ein Kontrastprogramm zur zunehmenden Vereinzelung und Vereinsamung durch unsere Angebote und Leistungen zu verwirklichen suchen.

* Als strategische Aufgabe sehen wir es an, die Volkssolidarität als von der Öffentlichkeit wahrnehmbare **Instanz der Sozialberatung** in den nächsten Jahren auszubauen, von der allgemeinen alltagspraktischen sozialen Beratung in unseren Mitgliedergruppen, Diensten und Einrichtungen, über die fallspezifische soziale Beratung durch Sozialarbeiter und andere Fachkräfte bis hin zur Renten- und Gesundheitsberatung in Kooperation mit Partnern.